

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art

Band: 59 (1972)

Heft: 9: Planungen - wo und für wen?

Artikel: Hochschulgründung und regionale Entwicklung : das Beispiel Lausanne

Autor: Fischer, Ch. / Gerheuser, F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-45903>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hochschulgründung und regionale Entwicklung

Das Beispiel Lausanne

Von Ch. Fischer und F. Gerheuser, METRON Planungsgrundlagen, Brugg

Im Westen von Lausanne werden in unmittelbarer Nachbarschaft die Neubauten für die Universität (VD) und für die neue Eidgenössische Technische Hochschule (EPFL, vormals EPUL) im Bereich eines kantonalen «plan d'extension» erstellt. Heute steht am neuen Standort lediglich das Collège propédeutique mit zirka 400 Studenten; die zukünftige Ausbaugeschwindigkeit hängt für die Uni in erster Linie von der Finanzkraft des Kantons ab (zirka 25 Mio./Jahr); für die EPFL werden die jährlichen Investitionen vorbehaltlich der Verabschiedung durch die Räte bis auf ein Mehrfaches dieser Summe ansteigen.

Zur Charakterisierung der Ausgangslage bei der Bearbeitung der hier beschriebenen Untersuchung mögen folgende Punkte dienen:

- Für die beiden Hochschulen werden separate Richtpläne in verschiedenen Projektorganisationen bearbeitet
- Die Richtpläne sind reine Hochschulplanungen, die zudem fast ausschließlich von Architekten bearbeitet werden
- Mangels einer längerfristigen Bildungskonzeption gehen die Vorgaben für die Richtplanungen vom Status quo aus
- Verknüpfungsprobleme zu Umgebung und Region wurden in den Richtplanungen nur angeschnitten
- Die Untersuchungen über die Beziehungen Hochschulen – Umgebung – Region haben spät eingesetzt; dadurch war der Freiheitsgrad für die Entwicklung in diesem Bereich notwendigerweise zum Teil erheblich eingeengt
- Nichtphysische Aspekte, vor allem rechtlich-organisatorische Probleme und sozialplanerische Ansätze, wären gleichwertig zu behandeln; dem konnte die Untersuchung nicht den gebührenden Raum einräumen (Termine, Kredit, Qualifikationen)
- Öffentlichkeit und Gemeindevertreter wie auch Regionalplaner konnten bisher mangels Informationen keine qualifizierten Vorstellungen über die Auswirkungen der Hochschulbauten auf Umgebung und Region entwickeln
- Nach der ursprünglichen Aufgabenformulierung sollte die Untersuchung vor allem der Interessenwahrnehmung der EPF in ihrer unmittelbaren Umgebung dienen

Aufgabe

Die Problemstellung kann folgendermaßen beschrieben werden:

- Die sich aus den Hochschulverlagerungen respektive -erweiterungen ergebenden Auswirkungen sollen festgestellt und in ihrer Größenordnung insgesamt ermittelt werden
- Die Anteile dieser Gesamtauswirkungen, die das Untersuchungsgebiet (UG) betreffen, sind für einen mittelfristigen Planungszeitraum abzuschätzen
- Planerische Lösungsansätze für den Bereich

des UG sollen entwickelt und vorbereitet werden. Ziel dieser Überlegungen sollte es sein, eine Isolierung des Hochschulbereiches zu verhindern und möglichst unmittelbare Kommunikations- und Koordinationsmöglichkeiten zwischen Stadt, Hochschulen und deren Umgebung herzustellen.

Zu diesem Zweck war es unsere Absicht, eine Gesamtplanung für die betroffene Teilregion herbeizuführen, die alle Planungsbereiche und alle Planungsträger zusammenfassen soll; wesentlicher Bestandteil der Strategie muß dabei eine umfassende, intensive öffentliche Diskussion sein: Nur so ist die bisher eher reservierte Haltung von Bevölkerung und Politikern vor allem gegenüber der EPF überzuführen in das Erkennen und bewußte «In-die-Hand-Nehmen» der weiteren Entwicklung für diesen Bereich. Allenfalls dann kann es möglich sein, die außergewöhnlichen Chancen der Situation sowohl im lokalen wie im größeren Rahmen (Kanton, Schweiz) als auch aus der Sicht möglicher Bildungskonzeptionen zukünftiger Gesellschaften tatsächlich einigermaßen auszuschöpfen.

Einschränkend muß darauf hingewiesen werden, daß:

- das UG und der Bearbeitungszeitraum knapp bemessen waren
- trotzdem für einige Fragen die Arbeit bereits zu spät kam
- einzelne Bereiche praktisch völlig ausgeklammert waren (zum Beispiel Verkehr, zum Beispiel die Hochschulareale selbst)
- die Einpassung dieser Arbeit in den Ablauf der Richtplanungen nicht nur zeitliche, sondern vor allem auch sachliche Einschränkungen mit sich brachte.

Die hier beschriebene Arbeit wurde im Rahmen der Richtplanung für die EPFL als gesonderter Auftrag der CIE – Commission de Direction pour l'implantation de l'EPFL à Ecublens, bestehend aus Délégation du Conseil des Ecoles Polytechniques fédérales, Bureau des Constructions fédérales pour l'EPFL und dem Bureau de Planification de l'EPFL (BP) – von Herbst 1971 bis Februar 1972 ausgeführt. Die Richtplanung wird auf Seite der beauftragten Architekten auf Grund des Wettbewerberfolges der Arbeitsgruppe Zürich durch Zweifel + Strickler + Partner sowie METRON Planungsgrundlagen bearbeitet; im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurde der Auftrag «les environs immédiats de l'ensemble universitaire» durch METRON Planungsgrundlagen und auf Seite der Hochschulen durch das BP ausgeführt und der COH – Groupe de Coordination Ouest lausannois/ Hautes Ecoles – zur Beschlusssfassung vorgelegt.

Aufgabe war es, mögliche Auswirkungen der Hochschulbebauung in Ecublens/Dorigny in ihrer unmittelbaren Umgebung zu untersuchen und für die dort möglicherweise entstehenden Probleme Lösungsansätze zu entwickeln.

Sachbearbeiter:

C. Fischer, Dipl.-Ing. Arch./Planer
F. Gerheuser, dipl. Soziologe
A. Henz, dipl. Arch. ETH
A. Naegeli, cand. arch.
C. Pelli, lic. nat. oec.

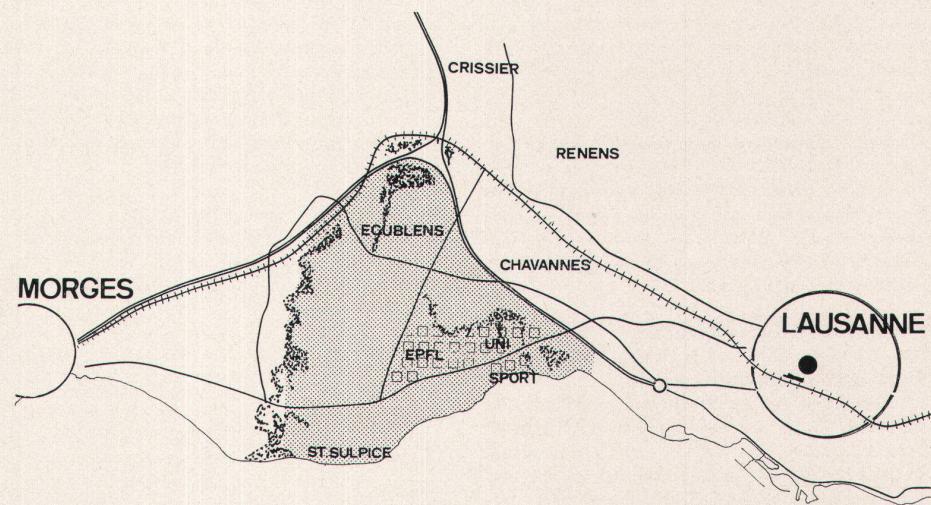
J.-P. Dépraz, lic. sc. pol. (BP)
S. Oesch, arch. dipl. EPFL (BP)

Situation

Das nach geographischen und funktionalen Faktoren abgegrenzte Untersuchungsgebiet (UG) umfaßt eine Fläche von zirka 600 ha in den Gemeinden Chavannes, Ecublens und St-Sulpice sowie – zu einem sehr kleinen Teil – Lausanne.

Es liegt in einem der wachstumsstärksten Sektoren der Agglomeration Lausanne, wobei sich die eigentliche Schwerachse der Entwicklung nördlich des UG befindet. Das Gebiet wird gekennzeichnet durch hervorragende landschaftliche Qualitäten und Gliederung, während die Siedlungsentwicklung bisher eher chaotisch, jedoch in den einzelnen Gemeinden stark unterschiedlich verlaufen ist:

Chavannes wäre am ehesten als typische Vorortsgemeinde zu bezeichnen, Ecublens befindet sich in der Übergangsphase vom Bauendorf zu einer stark wachsenden Industrie- und Wohngemeinde, und St-Sulpice schließlich, am Seeufer gelegen, ist eine weitgehend bebaute, privilegierte Wohngemeinde.



Als Zeitrahmen für die Voruntersuchung wurde in Entsprechung zur dortigen Regionalplanung ein mittelfristiger Planungszeitraum (zirka 1980/85) gewählt. Längerfristige Überlegungen betreffen vor allem den Bereich des Hochschulfolgebedarfs, für den der geplante Vollausbau der beiden Hochschulen um 1995 den Bezugspunkt lieferte.

Im Abschnitt Bestandesaufnahmen wurden berücksichtigt:

- Landschaft
- bestehende Nutzungen und Nutzungsabsichten (wie Wohnen, Grün und Sport, öffentliche Einrichtungen, Handel und Dienstleistungen, technische Infrastruktur, öffentlicher und privater Verkehr)
- physische und nichtphysische Randbedingungen¹ (wie bestehende Planungen, schützenswerte Elemente, Landschaftsbild)
- bestehende Zielsetzungen der öffentlichen

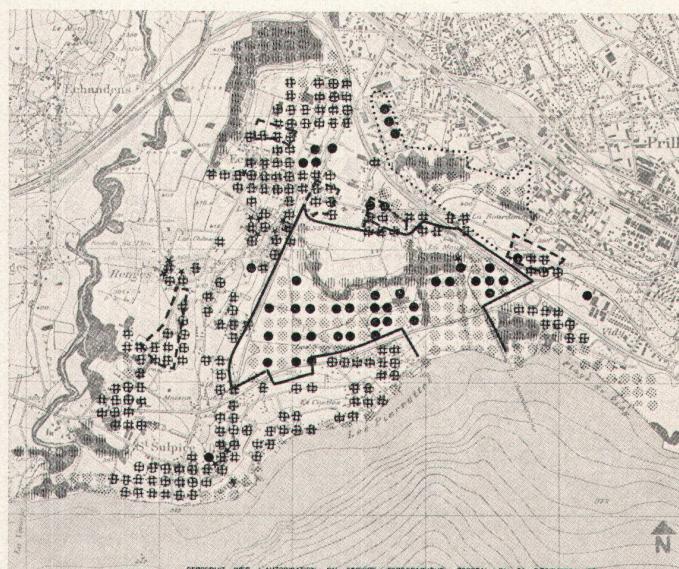
Hände (soweit dies erfaßbar und in diesem Zusammenhang relevant war, zum Beispiel Entwicklungsziele, Planungsetappen oder Standortsentscheide)

Dabei konnte zum Teil auf sehr detailliertes Material der Regionalplanung Lausanne zurückgegriffen werden.

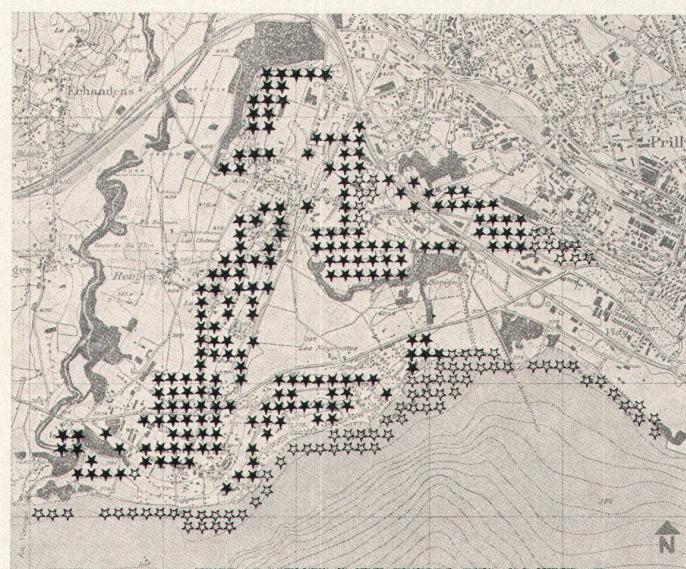
Durch Überlagerung und Interpretation wurden daraus Vorbehalts- und Eignungskarten gewonnen. Die Vorbehalte setzen sich zusammen aus Randbedingungen (zum Beispiel rechtskräftige Pläne) und anderen Bedingungen (zum Beispiel nicht [mehr] bebaubare Flächen oder Freihaltezonen; vgl. Abb. 2). Für die Eignungskarten wurden zunächst die verfügbaren Flächen ermittelt; (vgl. Abb. 3) und dann auf ihre Eignung für verschiedene Nutzungen, wie Wohnen, öffentliche oder zentrale Einrichtungen, Grün, weitere Lehr- oder Forschungseinrichtungen usw., unter-

sucht (Immissionen, Erschließung, Arealgrößen, Nähe zu den Hochschulen, Nutzungskonflikte usw.). Dabei zeigte sich der noch relativ große unmittelbare Freiheitsgrad für die zukünftige Entwicklung im UG, wie er schon bei der Gegenüberstellung der beiden Abbildungen deutlich wird (1 Symbol entspricht jeweils 1 ha).

Dies zeigt aber ebenfalls nochmals die Berechtigung und Bedeutung einer intensiven planerischen und politischen Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten und den Möglichkeiten der Entwicklung im UG, um die tatsächlich und latent vorhandenen außerordentlichen Qualitäten der Situation voll nutzen zu können: Universität und Technische Hochschule am Rande einer attraktiven Agglomeration und in unmittelbarer Nähe von See, Bergen, Sport-, Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten!



2



3

Der Folgebedarf der neuen Hochschulen in Ecublens/Dorgny

Ein wesentliches Ziel der Arbeit war es, aufzuzeigen, welche Konsequenzen die Hochschulverlagerungen nach und -erweiterungen in Ecublens/Dorgny auf die Agglomeration Lausanne und besonders deren westlichen Teil haben. Diese Konsequenzen werden leicht unterschätzt.

1 Baustellenfolgebedarf

Auf dem Hochschulgelände wird eine der größten Baustellen der Schweiz entstehen. Zwei Probleme sind dabei zentral: die Bewältigung des Baustellenverkehrs und die Unterbringung und Versorgung der Bauarbeiter. Immerhin werden bis zu 1100 Personen im Jahresmittel auf der Baustelle beschäftigt sein.

2 Folgebedarf der Hochschulen

Drei Komponenten hat der direkte und indirekte Folgebedarf der Hochschulen:

- den Bedarf der Hochschulen an Gütern und Diensten. Dazu wurden die Betriebsausgaben vorausgeschätzt. Sie werden von 9,6 Mio Franken (1970) auf 16–19 Mio Franken (1980) und auf 34–54 Mio Franken (1995) zunehmen

- den Bedarf der Tagesbevölkerung (Studenten und Hochschulbedienstete) auf dem neuen Hochschulgelände an Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Die Tagesbevölkerung wird von gegenwärtig zirka 500 auf zirka 10 000 (1980) und 18 000 (1995) ansteigen
- den Bedarf der durch den Hochschulausbau induzierten Wohnbevölkerung. Sie setzt sich aus obiger Tagesbevölkerung («Kernbevölkerung»), deren Angehörigen («Mantelbevölkerung I») und den Personengruppen samt Angehörigen, die sie mit Gütern und Diensten versorgen («Mantelbevölkerung II»), zusammen.

Die Berechnung dieses induzierten Bevölkerungszuwachses basiert auf Erfahrungs- und Vergleichswerten und ergibt für den neuen Hochschulstandort in Ecublens/Dorgny folgendes Bild (Mittelwerte):

	1970	1980	1995
Studenten	400	4 600	12 500
Hochschulbedienstete	100	1 700	5 500
Mantelbevölkerung I	200	3 700	11 000
Mantelbevölkerung II	300	4 600	13 400
Total		10 000	42 400

2 Vorbehalte

- Wald
- Grün + Sport
- Schulen
- Gegenwärtig bebaut
- Plan d'extension cantonal
- Quartierplan
- * Schützenswert
- Freihaltefläche für eventuelle interkommunale öffentliche Einrichtungen

3 Verfügbare Fläche

- * Unmittelbar verfügbar
- * In 10–15 Jahren voraussichtlich verfügbar

Wohnungsbedarf:

Allein für ledige und verheiratete Studenten resultiert daraus bis 1980 ein zusätzlicher Bedarf von zirka 2600 Wohnungen, für die übrigen Gruppen nochmals ein solcher von zirka 2400 Wohnungen. Bis 1995 werden gar 16 000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Ein entsprechendes Angebot ist vor allem im westlichen Teil der Region Lausanne zu schaffen.

Für den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen der Hochschulbevölkerung – und damit deren Input in die regionale Wirtschaft – werden die Konsumausgaben vorausgeschätzt. Sie steigen von insgesamt zirka 24 Mio Franken (1970) auf

59 Mio Franken (1980) und auf 177 Mio Franken 1995. An Kindergartenplätzen werden allein für Studentenhaushalte zirka 90 (1980) und 240 (1995) nur auf dem Hochschulgelände benötigt. Die geplanten Kultur- und Freizeiteinrichtungen werden auf die Dauer nicht ausreichen. Vor allem diese Institutionen sollten dem Kontakt zwischen Hochschule und Umwelt dienen.

Diese Ausführungen zeigen, welche Belastungen und Umstrukturierungen besonders den Gemeinden westlich Lausannes in naher Zukunft bevorstehen, und fordern so gezielte planerische Maßnahmen heraus.

Auswirkungen auf die Teilregion

Die Rückführung der oben beschriebenen Globalgrößen auf mittelfristige Zielgrößen und möglichst unmittelbare Planungsschritte kann besonders deutlich am Beispiel eines «centre secondaire»

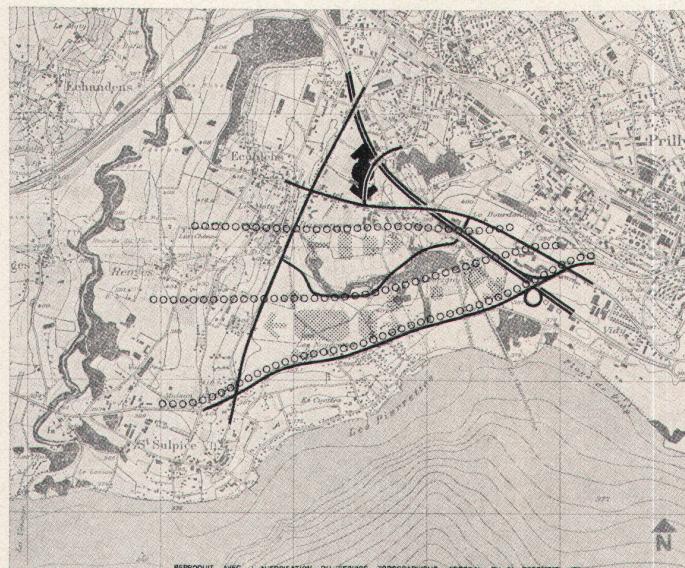
gezeigt werden. Nach einem Konzept der Regionalplanung soll ein solches Zentrum mindestens 20000 bis 30000 Menschen mit Gütern, Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen versorgen; ein Kranz solcher Zentren um Lausanne ist zur Entlastung der City vorgesehen. Das erste und größte davon ist nördlich der Stadt geplant, wo auch für die nächste Zeit der Entwicklungsschwerpunkt liegen soll und wohin vorrangig eine Massenschnellverkehrsverbindung erstellt werden soll; eines der letzten dieser Zentren und der entsprechende Anschluß sind in unmittelbarer Nähe der Hochschulen vorgesehen, jedoch ohne Bezug zu diesen.

Auf der Hochschulseite wiederum hat eine Kommission Programm und Standort für ein «centre de loisir» untersucht; dieses soll den Freizeit-, Erholungs- und zum Teil anderen Bedarf der Hochschulbevölkerung decken und für die verschiedenen Aktivitäten sowohl der Hoch-

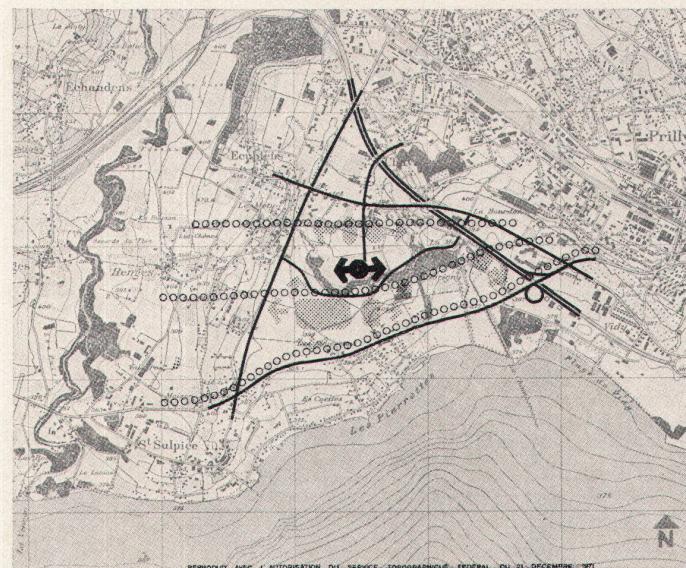
schul- wie der Nachbarbevölkerung zur Verfügung stehen und auf diese Weise helfen, Kontakte zwischen den Gruppen herzustellen.

Es lag nahe, die unterschiedlichen Programme versuchsweise zu überlagern und für diese Kombination von öffentlichen und privaten, sozialen und kommerziellen Nutzungen und den Schnittpunkt zahlreicher Kommunikationslinien geeignete Standorte in direkter Verbindung zu Hochschulen, Siedlungsgebieten und Verkehrslinien zu suchen.

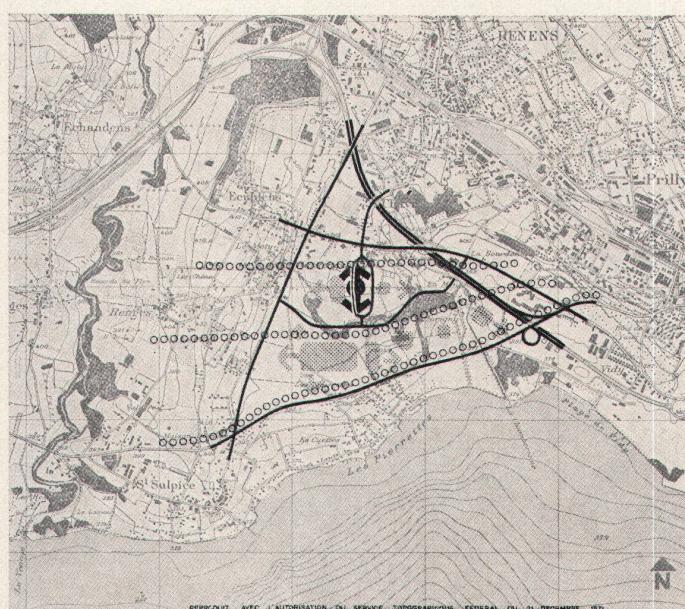
Gegenwärtig wird die Variante C favorisiert, bei der Hochschulzentrumszonen und allgemeines Zentrum sich gegenüberliegen (vgl. Abbildung); eine noch engere Verbindung und räumliche Überlagerung, bei der einige der Anforderungen (zum Beispiel Verfügungsräume, Öffnung des Hochschulgeländes, temporäre Nutzungen usw.) optimal zu verwirklichen wären, konnte nicht mehr in Betracht gezogen werden.



4



5



6

4 Zentrum – Variante A

- Centre secondaire
- ▨ Bildungseinrichtungen
- Mögliches Trassee für Massenverkehrsmittel

5 Zentrum – Variante B

- Centre secondaire
- ▨ Bildungseinrichtungen
- Mögliches Trassee für Massenverkehrsmittel

6 Zentrum – Variante C

- Centre secondaire
- ▨ Bildungseinrichtungen
- Mögliches Trassee für Massenverkehrsmittel

Strategien und Chancen

Außer solchen einigermaßen abgrenzbaren Problemen, bei denen es in erster Linie darauf ankam, möglichst sofort erste Entscheide herbeizuführen, wie zum Beispiel über Freihalteflächen für ein Centre secondaire oder ein Massenverkehrsmittel, um die Optionen auch für die Zeit detaillierterer Studien offenzuhalten, ging es uns vor allem darum, verschiedene mögliche Entwicklungsstrategien für die unmittelbare Hochschulregion darzustellen, die mehr oder weniger auch bestimmte Entwicklungsrichtungen implizieren. Vor allem wegen der lokalpolitischen Situation, aber auch wegen zu vieler offener Variablen war es also nicht unsere Absicht, Entwicklungsvarianten in Planform und formulierte Entwicklungsziele darzustellen, sondern vielmehr, Anstöße zu geben für Verhaltensweisen, die in unterschied-

Gemeinden:

1. Modell
Planification par réaction

Mentalität:

Die Hochschulen gehen uns so direkt nichts an.

Maßnahmen:

Keine Experimente; bei wirklich brennenden Problemen finden wir schon eine Lösung; große Sprünge sind sowieso ausgeschlossen.

Entwicklungsstand:
Weiterhin disperse Be-
siedlung, öffentliche Ein-
richtungen hinken dem
Bedarf hinterher.

Hochschulen:

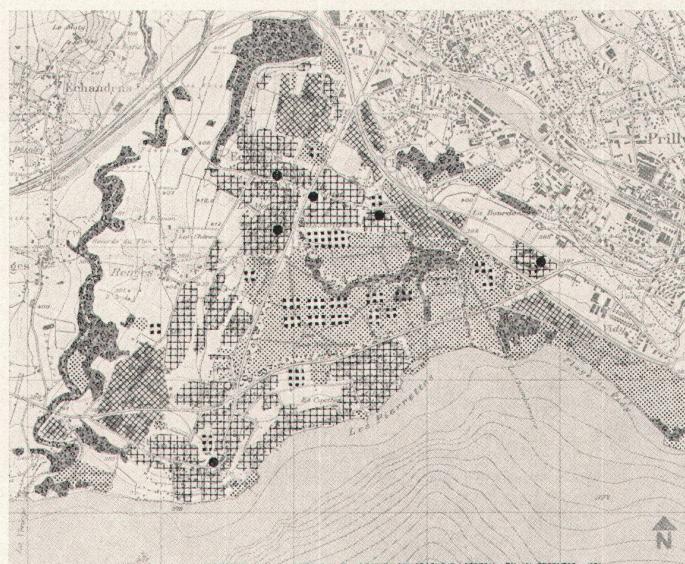
Außerhalb unseres Ge-
ländes können wir doch
nichts machen, es ist
auch nicht unsere
Aufgabe.

Reine Richtplanbearbei-
tung für das Hochschul-
gelände; allenfalls
Faustpfänder sichern
(Bodenbesitz).

Keinerlei Folgeeinrich-
tungen, außer einzelnen
auf dem Gelände, können
realisiert werden.

Wald

- Bildungseinrichtungen**
- Sport – Grünflächen**
- Handel + Dienst-
leistungen**
- Wohnen**
- Industrie und Gewerbe**
- Privat, Forschung,
Entwicklung, Lehre**



7 Modell 1

Gemeinden:

2. Modell
Planification parallèle

Mentalität:
Es ist unbestritten, daß
die Hochschulgründungen
einen bedeutenden Ein-
fluß ausüben werden, aber
die Probleme werden
besser auf lokaler Ebene
gelöst; gemeinsame Be-
schlüsse sind nicht
durchsetzbar.

Maßnahmen:
Der Zielfindungsprozeß
läuft; mit den gegebenen
Instrumenten wird die
Entwicklung mehr oder
weniger gelenkt.

Entwicklungsstand:
Die öffentlichen Investi-
tionen steigen enorm im
Zuge des jeweiligen Aus-
baus; kräftiges Wachstum;
Überarbeitung der Zonen-
pläne.

Hochschulen:

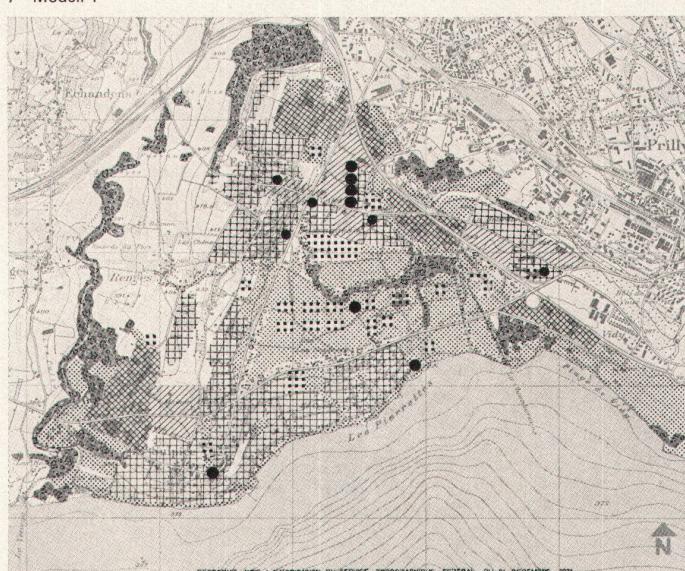
Trotz der großen Aus-
wirkungen der Hochschul-
verlagerungen ist die Zeit
noch nicht reif für eine
wirkliche gemeinsame
Planung.

Systematischer Aufbau
von Planungstützpunkten
außerhalb der eigenen
Arealen (gemeinsame Ein-
richtungen, Landkauf).

Den Hochschulen gelingt
es zum Teil, ihren Bedarf
an Gütern und Diensten
vorteilhaft in der Region
zu decken; einzelne pri-
vate Forschungseinrich-
tungen siedeln sich in der
Nachbarschaft an.

Wald

- Bildungseinrichtungen**
- Sport – Grünflächen**
- Handel + Dienst-
leistungen**
- Wohnen**
- Industrie und Gewerbe**
- Privat, Forschung,
Entwicklung, Lehre**



8 Modell 2

Gemeinden:

3. Modell
Planification intégrée

Mentalität:
Allein wird man über-
fordert; man sollte mit den
Hochschulen leben, nicht
nur daneben.

Maßnahmen:
Entwicklungsziele und
-maßnahmen werden
aufeinander abgestimmt,
ein gemeinsamer Ent-
wicklungsplan wird
ausgearbeitet.

Entwicklungsstand:
Über Finanzausgleich und
gemeinsame Investitions-
planung konnten beispiel-
hafte öffentliche Einrich-
tungen verwirklicht
werden; die Bodenspekula-
tion hat keine Chancen.
Der hervorragende Stand-
ort garantiert vielseitige
Beschäftigungs-, Wohn-
und Erholungsmöglichkeiten.

Hochschulen:

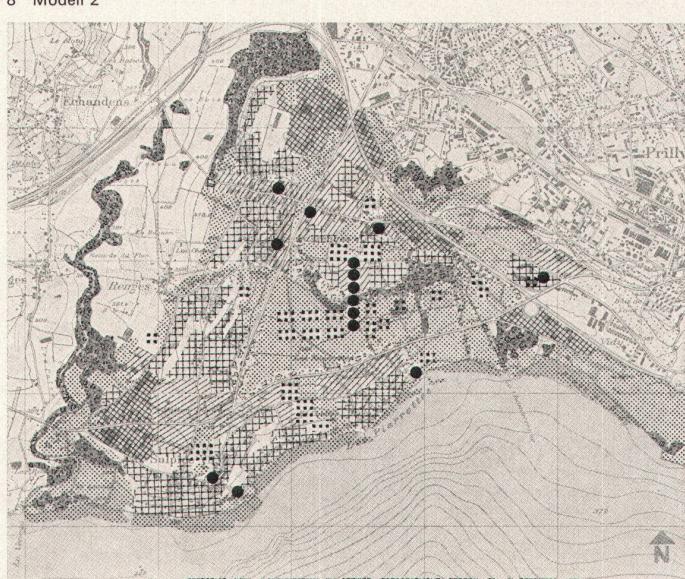
Man hat auch Verant-
wortung für seinen Nachbarn;
die enge Zusammenarbeit
ist hier eine zwingende
Notwendigkeit.

Gemeinsame Finanzierung
öffentlicher Einrichtungen;
Standortentscheide werden
bestens aufeinander ab-
gestimmt.

Zahlreiche Folgeprobleme
konnten vorteilhaft gelöst
werden: Wohnen für
Beschäftigte am Bau, für
Hochschulpersonal usw.;
ein attraktives Zentrum
zieht Universitäts- und
Gemeindebevölkerung an;
interessante Folgeeinrich-
tungen haben sich an-
gesiedelt.

Wald

- Bildungseinrichtungen**
- Sport – Grünflächen**
- Handel + Dienst-
leistungen**
- Wohnen**
- Industrie und Gewerbe**



9 Modell 3

lichem Maß die Chancenwahrnehmung in diesem Gebiet versprechen.

Die Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen, die wir damit liefern wollten, betreffen also vor allem eine politisch-planerische Vorgehensweise, die nur relativ locker mit grob umschreibbaren Entwicklungsrichtungen und -zielen verbunden sind.

Die Variationsbreite möglicher Strategien reicht dabei vom (theoretischen) völlig Neben- oder Gegeneinander von Hochschulen und Gemeinden mit vermutlich teuren Fehlentwicklungen und nur minimaler Nutzung sich anbietender Möglichkeiten bis zur völligen Interessenverschmelzung, bei der sich die Hochschulgruppe zum Kristallisierungskern einer neuen Stadtlandschaft zwischen Lausanne und Morges mit größtmöglicher Angebotsbreite entwickeln könnte, die sich, getragen von einem breiten Konsens, langfristig koordiniert entfaltet.

Aus diesem Spektrum von Entwicklungsstrategien wurden modellhaft drei prägnante Formen dargestellt:

- 1 Planification par réaction
 - man lässt die Dinge an sich herankommen
- 2 Planification parallèle
 - die Notwendigkeit für eine Entwicklungssteuerung ist unbestritten; der Hang zur Eigenständigkeit ist ungebrochen
- 3 Planification intégrée
 - das Produkt der Einzelfaktoren gibt mehr als deren Summe, gemeinsames Vorgehen sichert

erst die Durchschlagskraft der Steuerungsmaßnahmen

Jedes dieser drei Modelle wurde, jeweils getrennt nach Optik der Gemeinden und der Hochschulen, illustriert mit

- Schlagworte zur Charakterisierung der jeweiligen Mentalität
- Auflistung von dementsprechenden planerischen Maßnahmen für die nächsten 10 bis 15 Jahre
- einer hypothetischen Beschreibung der eingetretenen Entwicklung in der Teilregion bis 1985 und einer ebenfalls hypothetischen Nutzungsmappe

Im Schlußteil werden detailliert aufgeführt:

- Empfehlungen
- notwendige weitere Arbeiten
- fällige Entscheide
- weiteres Vorgehen (zusätzliche Abklärungen, Anregungen usw.)
- Arbeitsthemen für Studenten beziehungsweise studentische Organisationen der betreffenden Hochschulen

Sowohl Hochschulen wie Regionalplanung haben die Anregungen bereitwillig aufgegriffen; inzwischen haben sich die verschiedenen Gremien entsprechend den Empfehlungen für eine Art Planification intégrée entschieden. Die gemeinsamen Arbeiten, die bereits begonnen haben, werden sich vorläufig auf die Bereiche Verkehr,

Bebauung, Centre secondaire und Erholung beschränken; weitere Aspekte, vor allem nicht-physische, müssen zurzeit weitgehend ausgespart bleiben (Fragen der rechtlichen und finanziellen Durchsetzung, besonders aber auch Ansätze zu einer Sozialplanung).

An allgemeineren Schlüssen läßt sich ableiten:

- Hochschulverlagerungen und -erweiterungen haben einen beträchtlichen Einfluß in einem großen Radius
- Die Analyse der komplexen Beziehungen zur Umgebung und die Planung der Teilregion müssen mindestens gleichzeitig mit der Hochschulprogrammierung und -planung erfolgen, nicht erst mit der eigentlichen Projektierung, damit die gegenseitigen Rückkopplungen stattfinden können
- Nichtphysische Aspekte (Sozial- und Bildungsplanung, rechtlich-organisatorische Aspekte, Betriebskonzeptionen für Hochschulen und Folgeeinrichtungen) haben mindestens das gleiche Gewicht wie die physischen (Nutzungsdisposition, Planungsraster, Etappierung) und sollten sich in die übergeordneten Bezugssysteme (Bildungskonzept, Raumplanung) einordnen lassen, die in diesem Fall weitgehend fehlen
- Bei den gegenwärtigen allgemeinen Randbedingungen wird sich trotz eindeutiger Willenserklärungen der öffentlichen Hände ein Konzept wie die Planification intégrée nur sehr beschränkt verwirklichen lassen (gesetzliche Grundlagen, Mentalitäten, Wirtschafts- und Bodenverfassung).

Über die Steuerbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Entleerungsgebietes

Beispiel: Region Thal SO

Von Catherine Pelli und Karl Weber, METRON
Planungsgrundlagen, Brugg

Mit der Industrialisierung war und ist auch in der Schweiz – ähnlich wie in andern Ländern – ein Verstädterungsprozeß verbunden. Dieser Prozeß führt zur Konzentration von Wohn- und Arbeitsplätzen einerseits, und zur Entleerung bestimmter Gebiete andererseits. War bis vor einigen Jahrzehnten eine Bevölkerungsabnahme vor allem in den Berggebieten der Alpen und des Juras festzustellen, so werden heute von dieser Tendenz immer mehr auch Regionen des Mittellandes erfaßt.

Diesen Prozeß und seine Konsequenzen, denen innerhalb unseres Wirtschaftssystems der Charakter der «Zwangsläufigkeit» zuzukommen scheint, wollen wir am Beispiel der solothurnischen Region Thal beschreiben. Es wird dargestellt, auf welche Faktoren die bestehenden Trends zurückgeführt werden müssen, in welchem Maße sie im regionalen Rahmen steuerbar sind und wie groß damit der Spielraum für die Entwicklungsziele der Region ist, die sich in regionalen Plänen (Siedlungs-, Verkehrs-, Landschaftsplan usw.) niederschlagen werden.

Der vorliegende Bericht stellt die Kurzfassung einer Untersuchung dar, die wir im Auftrage der Regionalplanungsgruppe Thal in Zusammenarbeit mit METRON, Orts-, Regional- und Verkehrsplanung, durchgeführt haben.

Geographie

Die Region Thal bildet zwischen der ersten (Jurasüdfuß) und zweiten solothurnischen Jurakette einen langgezogenen, relativ engen und tiefen Talkessel. Nach Süden öffnet sie sich durch eine schmale Klus dem solothurnischen Mittelland und damit dem Sog des stark wachsenden Raumes zwischen Solothurn und Olten (Bahnlinien, Autobahnkreuz); nach Norden ist sie durch den Paßwang und den Oberen Hauenstein mit dem Einzugsgebiet der Agglomeration Basel verbunden.

Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung 1950 bis 1985

	1950	1955	1960	1965	1970	1985
	Trend					Ziel
<i>Einwohner</i>						
Balsthal	5107		5735		5607	5300
Übrige Region Thal	8573		8743		8458	7900
Total Region Thal	13680		14778	14570	14065	13200
<i>Arbeitsplätze</i>						
Balsthal	3923	4352	4232	4456		
Übrige Region Thal	2788	3298	2753	2671		
Total Region Thal	6711	7650	6985	7072	5700	6550
Anteil Arbeitsplätze an Einwohner in %	49,1		47,5	47,5	43,2	45,0

Quellen: Eidg. Betriebs- und Volkszählungen; Schätzungen der Metron

Demographische Entwicklung (vgl. Tabelle)

Bevölkerungsmäßig hat das Thal innerhalb des Kantons Solothurn seit der Jahrhundertwende an Gewicht verloren: Wohnen 1900 8,4 % der solothurnischen Bevölkerung in dieser Region, waren es 1960 nur noch 6,3 %. In den letzten zehn Jahren ist sogar eine absolute Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen.

Die regionale Bevölkerungsstruktur – vom Bezirkshauptort Balsthal, der in etwa dem solothurnischen Durchschnitt entspricht, abgesehen – läßt sich durch die für eine schrumpfende Bevölkerung typischen Merkmale beschreiben: Starke Vertretung der Einwohner unter 20 und derjenigen über 50 Jahren. Diese Alterspyramide muß hauptsächlich auf die relativ kinderreichen Familien (Übergewicht der katholischen Konfession und der in der Landwirtschaft Beschäftigten im kantonalen Vergleich) zurückgeführt werden.